

Für Vision und Verantwortung



MERA25

Grundsatzprogramm
Zusammenfassung



Das neue Grundsatzprogramm von MERA25 - Zusammenfassung

Menschenwürde und wirtschaftliche Gerechtigkeit, ökologischer Wandel, soziale Sicherheit, Frieden, offene Grenzen, ein demokratisches Europa: Nichts geht ohne das andere, und nur mit gleichen Rechten für alle!

Auf unserer Bundesmitgliederversammlung am 30. November 2024 in Berlin haben wir ein neues Grundsatzprogramm auf den Weg gebracht, das sich nicht mit halben Sachen und kleineren Übeln zufrieden gibt. Für eine lebenswerte Zukunft für alle braucht es einen Bruch mit dem Politikangebot der etablierten Parteien und eine Kampfansage an die Mächtigen in Brüssel und Berlin. Wir sind motiviert, inspiriert und stolz auf das, was wir bislang als kleine neue Partei erreicht haben.

Der Kerngedanke bleibt derselbe, aber wir haben uns weiterentwickelt. Konkret fordern wir das Folgende:

- Die Macht der Banken und Lobbyist:innen brechen
- Der [Green New Deal](#) von unten: Eine demokratische sozial-ökologische Wende statt Greenwashing
- Die Schuldenbremse abschaffen, nachhaltig in öffentliche Infrastruktur, technologische Innovationen und eine zukunftsfähige Gesellschaft investieren
- Gemeingüter vergesellschaften
- Demokratie in der Wirtschaft: Ein Mensch, eine Stimme
- Extreme Vermögenskonzentration bekämpfen und progressiv besteuern
- Eine Jobgarantie im öffentlichen Sektor
- Ein bedingungsloses Lebenseinkommen
- Datenschutz und digitale Selbstbestimmung
- Ein inklusives Europa mit gleichen Rechten für alle
- Ein friedfertiges, blockfreies Europa ohne NATO und geopolitische Machtspiele
- Völkerrecht statt Staatsräson: Freiheit für Palästina
- Gesetzliche, institutionelle und soziale Ansätze für eine sichere und vielfältige Gesellschaft
- Ein unabhängiges, geeintes und demokratisches Europa der Städte und Regionen

Wie wir uns das vorstellen, könnt ihr im neuen Grundsatzprogramm (Link) und in dieser Kurzfassung nachlesen. Oder besser noch, kommt zu einem Lokalgruppen-Treffen in eurer Nähe (Link)!

Für Vision und Verantwortung

Die Fakten:

- Es wird heißer. Die Häufigkeit von Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden nimmt zu. Unsere Lebensgrundlagen sind in Gefahr.
- Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht, werden unterdrückt, verfolgt und bedroht.
- Deutschland militarisiert sich. Der öffentliche Diskurs wird von Kriegsrhetorik dominiert, Gegenstimmen werden geächtet. Dabei setzt die Außenpolitik auf Aufrüstung und verhöhnt das Völkerrecht.

Die, die dafür gewählt werden, Verantwortung zu übernehmen, tun es nicht. Sie schaffen es nicht, wirksame Verbesserungen umzusetzen. Schlimmer noch – vielfach machen sie sich zu Handlanger:innen derer, die am meisten von Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung profitieren.

Alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind menschengemacht. Folglich lassen sie sich auch durch Menschen verändern. Das zu tun, dafür treten wir an.

- Es gibt uns, um für **soziale Sicherheit** zu kämpfen. Unser Plan garantiert allen Menschen eine sichere Rente, Zugang zu einer bezahlbaren Wohnung, Zugang zu einer hervorragenden Gesundheitsversorgung, eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit und das Recht auf Arbeit.
- Es gibt uns, um für einen **Green New Deal** zu kämpfen. Mit massiven Investitionen in eine ökologisch nachhaltige und zukunftsfeste Wirtschaft, die Energieversorgung, Mobilitätssysteme, den Bausektor und die Landwirtschaft wollen wir Millionen guter und sicherer Jobs schaffen. Unser Ziel ist eine klimaneutrale, nach innen und außen friedliche Gesellschaft.
- Es gibt uns, um für **Frieden und globale Gerechtigkeit** zu kämpfen. Wir wollen die Aufrüstungs- und Überwachungsspirale durchbrechen, Migration entkriminalisieren, die Ausbeutung und Unterdrückung des Globalen Südens beenden und für universelle Menschenrechte eintreten.

In einem Satz: **Wir kämpfen für Vision und Verantwortung.**

1. Investieren: Geteilter Wohlstand für die Vielen

Ohne massive staatliche Investitionen wird es keine Energie- und Mobilitätswende geben, keine sicheren Renten, keine bezahlbaren Wohnungen, kein zuverlässiges Gesundheitssystem – kurz: keinen geteilten Wohlstand für die Vielen. Oft wird in der Politik behauptet, das Problem sei, uns fehle Geld. Aber das ist falsch! **Geld ist keine knappe Ressource.**

Staaten müssen Geld nicht erst einnehmen, um es ausgeben zu können. Im Gegenteil: Staaten erschaffen das Geld, das sie ausgeben, selbst. Staaten, die ihre eigene Währung haben, sind also für Ausgaben nicht auf Steuereinnahmen angewiesen. Wir wissen, dass die tatsächlich knappen Ressourcen die natürlichen Rohstoffe sowie die Arbeitskraft und Gesundheit der Menschen sind. Diese Ressourcen zu bewahren und auszubauen, darf nicht am Geld scheitern.

Die logische Konsequenz: Wir lehnen das Narrativ ständig leerer Kassen ab! Ganz konkret fordern wir deshalb eine **Abschaffung der Schuldenbremse** und darüber hinaus ein **Ende der europäischen Schuldenregeln**. Denn: Staatliche Defizite sind kein Übel. Sie fließen direkt oder über Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Ähnliches in die Taschen der Bürger:innen. Die Ausgaben des Staates sind der Wohlstand der Bevölkerung.

Wir stehen vor großen Problemen – Geldknappheit ist keine davon. Eine **umfangreiche Erhöhung der Staatsausgaben** ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend notwendig. Die größte Verschwendung ist, Chancen zu verpassen und Potenziale ungenutzt zu lassen. Es braucht große staatliche Programme, um unsere gesellschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen. Wir können gemeinsam mutig mehr erreichen!

Das stumpfe Argument, Staatsausgaben würden zwangsläufig zu Inflation führen, ist falsch! Es gilt das Gegenteil: **Intelligente staatliche Investitionen verhindern Inflation**. Denn solche Investitionen bekämpfen die Wohnungsnot und Immobilienspekulationen, schaffen ein solides Gesundheitssystem und regionale Produktion, die die Abhängigkeit von globalen Lieferketten senkt. Eine moderne Geldpolitik hat vor allem Preisstabilität, Vollbeschäftigung und den Schutz unserer Umwelt als Ziele. All diese Dinge machen uns als Gesellschaft nicht nur reicher, sondern auch widerstandsfähiger und beugen so Krisen und Inflation vor.

Moderne Geldpolitik heißt demokratische Geldpolitik! Wir wollen den Euro demokratisieren, indem wir **Geldpolitik vollständig in die Hände gewählter Parlamente** legen. Das vorherrschende neoliberale, marktneutrale Paradigma der Europäischen Zentralbank lehnen wir ab. Geldpolitik muss frei sein von technokratischer Willkür und auf Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger:innen Europas abzielen.

Wir fordern außerdem, die Währungsunion zu einer echten Fiskalunion auszubauen, um endlich die geldpolitische Souveränität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wiederherzustellen. Das heißt: Wir brauchen ein **europäisches Finanzministerium, das die Möglichkeit hat, Geld zu schöpfen, Ausgaben zu tätigen und Steuern zu erheben**.

Staaten sind keine Unternehmen, sie dienen den Menschen und nicht dem Profit!

2. Ökologie: Der Green New Deal von Unten

Unser Ziel ist ein echter Green New Deal. Durch **massive Investitionen in die sozial-ökologische Transformation** wollen wir sichere, gut bezahlte Jobs und **Klimaneutralität bis spätestens 2030** schaffen. Trotzdem ist der Green New Deal kein Programm für endloses Wachstum als Selbstzweck. Wir messen unseren Erfolg nicht an Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, sondern fokussieren uns auf das, worauf es wirklich ankommt: Ökologie, Gesundheit, geteilter Wohlstand und Selbstbestimmung.

Klimagerechtigkeit heißt anzuerkennen, dass die kumulativen Treibhausgase, die sich in der Atmosphäre befinden, historisch ganz überwiegend von einigen wenigen Nationalstaaten, darunter Deutschland, verursacht wurden.

Um die Zerstörung der Ökosysteme und den Raubbau an der Natur zu reduzieren, setzen wir uns für den **Aufbau einer Kreislauf- und Regenerationswirtschaft** ein. Um die Klimaziele einzuhalten, wollen wir die Subvention fossiler Energieträger umgehend offenlegen und vollständig einstellen. Wir brauchen eine schnell steigende CO₂-Steuer für die Industrie. Für den privaten Bereich ist die CO₂-Steuer ungeeignet, bevor nicht Alternativen in den Bereichen Wohnen und Mobilität für alle Menschen zur Verfügung stehen. Wir fordern die Einführung eines grundsätzlichen Rechts auf **Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien** und unterstützen die Produktion von grünem Wasserstoff für Anwendungen, für die es derzeit keine andere Möglichkeit zur Dekarbonisierung gibt.

Wir wollen sowohl die regionalen Energieversorger und Stadtwerke als auch die lokale Infrastruktur in den Bereichen Strom, Gas und Wärme in Bürger:innenhand legen. Wetterbedingte Schwankungen in der Stromproduktion können in einem **regionalen und intelligent betriebenen Stromnetz** ausgeglichen werden. Die **Versorgung mit Wasser** als dem wichtigsten Lebensmittel darf keinesfalls privatwirtschaftlichen Zwecken unterworfen werden.

Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb wollen wir eine günstige, umweltfreundliche, überregionale, freie und sichere Mobilität für alle sicherstellen, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir setzen dabei auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und eine Infrastruktur, die wir gemeinschaftlich und effizient nutzen. Wir setzen uns für eine Reduzierung des Luftverkehrs auf das Nötigste und eine Besteuerung von Kerosin ein. Zur Reduzierung von Individualverkehr und zur **Aufwertung des ländlichen Raums** wollen wir es mehr Menschen ermöglichen, ihren Arbeitsort frei zu wählen. Regionale Versorgungsnetzwerke wie Bauernhöfe mit Hofläden und die lokale Produktion wichtiger Güter verringern den Fernverkehr und die Abhängigkeit von globalen Lieferketten.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist eine **Bauwende**, die nachhaltiges und soziales Wohnen und Arbeiten für alle ermöglicht. Um die Klimaziele zu erreichen, wollen wir den Gebäudebestand großflächig sanieren und umbauen: ökologisch, sozial, gemeinschaftsfördernd, inklusiv und kreativ mit neuen Bauformen und innovativen, kreislauffähigen Materialien. Wir wollen den Umbau und die Aufstockung von Gebäuden anstelle des Neubaus priorisieren.

Regenerative Landwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil unserer Klima-, Biodiversitäts-, Wasser-, Ernährungs-, Gesundheits- und Entwicklungspolitik. Wir wollen vergessene Traditionen und neueste Innovationen in der Bewirtschaftung berücksichtigen. Die **Land- und Konzernkonzentration** durch Oligopole in der Agrarindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel wollen wir **stoppen**. Die **Massentierhaltung** muss in Deutschland umgehend beendet werden.

Unser Green New Deal soll Menschen befähigen, selbst über die Zukunft ihrer Gemeinden zu entscheiden. Investitionsentscheidungen sollen deshalb vor allem auf lokaler und regionaler Ebene getroffen werden. Um die Kooperation und den Erfahrungsaustausch in Bezug auf die sozial-ökologische Transformation zwischen Kommunen, Regionen, Bürger:innen und Landwirt:innen zu fördern, wollen wir ein **europaweites sozial-ökologisches Städtenetzwerk** einrichten.

3. Soziale Sicherheit: Ein erstklassiges Sozialsystem garantieren

Unser Ziel ist es, allen Menschen ein erstklassiges, zukunftssicheres Sozialsystem zu garantieren, welches die Menschen in ihrer Lebensgestaltung unterstützt, ohne Profite zu erwirtschaften. Das bedeutet Rente, Wohnen, Gesundheit, Pflege, Gleichstellung und Arbeit – all das muss für die Menschen sein, nicht für einzelne Milliardär:innen. Dabei ist es unser Ziel, Menschen die Angst vor Alter, Wohnungslosigkeit, Armut und Krankheit zu nehmen. Zurzeit tut unser Sozialsystem das aber nicht, im Gegenteil. Statt vorausschauend zu agieren, werden Symptome bekämpft. Wir setzen uns deshalb für eine **Runderneuerung unseres Sozialsystems** ein, mit einer garantierten erstklassigen Versorgung und sozialer Sicherheit für alle. Vor allem, indem wir die Bereiche Rente, Wohnen und Gesundheit weitgehend dem zerstörerischen Markt entziehen. Das Profitmotiv steht grundsätzlich unserer Vision eines erstklassigen, zukunftssicheren Sozialsystems entgegen. Stattdessen wollen wir soziale Sicherheit öffentlich bereitstellen und garantieren.

Ganz konkret fordern wir:

- Eine staatliche Rentengarantie, um Altersarmut endlich abzuschaffen
- Große Wohnungskonzerne enteignen, um Wohnen wieder bezahlbar zu machen
- Land in die Hände der Allgemeinheit
- Eine menschen-orientierte Gesundheitsversorgung statt Profite für wenige Superreiche

Wir möchten außerdem die **Kinderarmut abschaffen**, indem wir eine Kindergrundsicherung einführen, die ihren Namen wirklich verdient. Dadurch können Bürokratie und Gängelei beendet und jedem Kind in diesem Land ein würdevolles Leben geboten werden.

Zu einer sozialen Gesellschaft, in der Zusammenhalt groß geschrieben wird, gehört auch eine gerechte Verteilung von Arbeit. Gerade in Zeiten von immer häufigeren Krisen muss der Staat den Menschen und der Wirtschaft Sicherheit garantieren. Deshalb fordern wir grundlegendes Umdenken, wenn es um Arbeit geht. Wir wollen unfreiwillige Arbeitslosigkeit beenden, indem wir eine **freiwillige, staatliche Jobgarantie** einführen. Dadurch sollen sinnstiftende und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, die jede:r Bürger:in freiwillig wahrnehmen kann, sollte er oder sie in Arbeitslosigkeit fallen. Die Schikane im Jobcenter lehnen wir ab!

Automatisierung und KI wollen wir nutzen, um die gesetzliche Höchstarbeitszeit schrittweise von einer 40- auf eine **30-Stunden-Woche** zu verringern, anstatt mutwillig Jobs zu vernichten. Unternehmen wollen wir bei dieser Transformation mit staatlichen Hilfen unterstützen.

4. Gemeingüter: Gesellschaftliches Eigentum demokratisieren

Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdevolles und freies Leben mit uneingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe, und wir wollen Demokratie in allen Lebensbereichen. Um das zu ermöglichen, setzen wir uns für die **Einführung einer Europäischen Bedingungslosen Grunddividende** ein. Sie wird jährlich aus einem Fonds ausgeschüttet, der sich aus Vermögenswerten, Steuern auf die Gewinne von Unternehmen sowie Einnahmen aus Patentrechten, die auf öffentlicher Förderung basieren, zusammensetzt. Eine solche Grunddividende ist der erste Schritt hin zu einem **bedingungslosen Grundeinkommen**.

Zentrale gesellschaftliche Bereiche wie das Bankensystem oder das Internet sollen uns allen gehören. Wir wollen öffentliche Alternativen zu den bestehenden Finanz- und Digitaloligopolen entwickeln. Mittelfristig sollen öffentliche Banken, allen voran eine Europäische Volksbank, klassische Finanzdienstleistungen komplett übernehmen. Außerdem möchten wir, dass Zentralbankgeld in Form eines **digitalen Euro** nicht nur Banken und Staaten zur Verfügung steht, sondern auch für Europas Bürger:innen und Unternehmen ohne den Umweg über private Banken datenschutzkonform und sicher nutzbar wird. Wir fordern, dass private Banken sich nicht länger an spekulativen Geschäften beteiligen dürfen, sondern sich auf die Vergabe von Krediten konzentrieren. Um eine **verantwortungsvolle Kreditvergabe** zu gewährleisten, sollen vergebene Kredite nicht weiterverkauft werden dürfen, sondern in der Bilanz der Bank verbleiben müssen. Wir wollen die **Marktmacht von Vermögensverwaltern** wie Blackrock durch eine Höchstgrenze verwalteter Vermögen pro Unternehmen **brechen** und denen, die über dieser Grenze liegen, den Zugang zu deutschen und europäischen Finanzmärkten untersagen.

Wir verstehen das **Internet als Teil der bürgerlichen Grundversorgung**. Unser Ziel ist es deshalb, die bestehende Netzinfrastruktur in Deutschland zu vergesellschaften und zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass allen Bürger:innen auf freiwilliger Opt-In-Basis ein kostenloses Daten-Kontingent in einem öffentlich betriebenen Cloud-Speicher (Data Commons) zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen, dass Nutzer:innen **maximale Kontrolle über ihre persönlichen Daten** haben. Nutzer sollen mit Online-Plattformen interagieren können, ohne ihnen ihre Daten dauerhaft zu überlassen.

Außerdem möchten wir **Gemeingüter wie Bildung und Kultur** fördern und schützen. Die Bedingung von Bildungserfolg durch gesellschaftliche Herkunftsfaktoren wollen wir minimieren und ein flächendeckendes Angebot an **Ganztagsschulen** (inkl. kostenfreier Verpflegung) schaffen. (Aus-)Bildung muss vollständig kostenfrei sein. Wir streben **einheitliche Bildungsstandards** und die flächendeckende Anerkennung von Abschlüssen an: innerhalb Deutschlands und perspektivisch europaweit. Vor allem im Kontext der Digitalisierung wollen wir Weiterbildungsprogramme für alle Altersgruppen ausbauen. Bildung soll dazu beitragen, eine humanistische Perspektive zu fördern. Besonders Geschichte muss kritisch und international beleuchtet werden, um Kontinuitäten in Imperialismus und Kolonialismus besser sichtbar zu machen. Kultur und Kunst bilden als menschliche Praxis ein Grundbedürfnis und sind für eine offene demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Sie müssen für alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von sozialem, ökonomischem oder geografischem Hintergrund zugänglich sein. Wir betrachten verstärkten kulturellen Austausch als einen Weg, um eine globale Kultur des Friedens zu entwickeln.

Freie und unabhängige Medien sind eine essenzielle Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Um eine monopolartige Konzentration von Medien in den Händen weniger Konzerne zu verhindern, fordern wir klare Regeln zur Entflechtung von Medienbesitz. Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** ist ein zentraler Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft und muss unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen agieren. Um Wissen und Informationen für alle zugänglich zu machen, wollen wir sicherstellen, dass Medieninhalte, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden, **unter freien Lizenzen und ohne Geo-Blocking** veröffentlicht werden.

5. Demokratie: Ein Mensch, eine Stimme

Weltweit gibt es eine neofeudale Entwicklung – auch in Deutschland und Europa. Wenige Menschen kontrollieren einen Großteil unseres Lebens. Mit ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Macht, angetrieben durch den technologischen Fortschritt, setzen sie ihre eigenen Regeln. Wir kämpfen gegen diese Entwicklung. Unser Ziel: **Ein Mensch, eine Stimme**. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir Unternehmen demokratisieren, extreme Ungleichheit abbauen, Selbstbestimmung auch im digitalen Raum schützen, Mono- und Oligopole verhindern und Lobbyismus bekämpfen.

Nicht Aktionäre schaffen Werte, sondern die Mitarbeiter:innen eines Unternehmens. Außerdem verbringen arbeitende Menschen ein Drittel ihrer gesamten Zeit an ihrem Arbeitsplatz. Trotzdem können sie kaum mitentscheiden. Wenn wir Demokratie für unseren Staat gut finden, dann müssen wir sie auch für unsere Unternehmen gut finden; oder wir sind keine echten Demokrat:innen! Es sollten deshalb die Mitarbeiter:innen sein, die wesentliche Entscheidungen treffen, zum Beispiel die Wahl der Geschäftsführung, die Verteilung der Mittel und andere Grundsatzentscheidungen, die die Zukunft der Mitarbeiter:innen und des Unternehmens betreffen. Für kleine und mittelständische Betriebe gilt, dass wir sie zur demokratischen Transformation ermutigen, sie dabei begleiten und unterstützen möchten. Langfristig sollen **demokratische Unternehmen** zum verbindlichen Standard werden.

Für uns ist außerdem klar: **Jede:r Milliardär:in ist ein Politikversagen**. Milliardär:innen und Multimillionär:innen spiegeln ein System, in dem die Leistung und Produktivität der Vielen nicht gerecht entlohnt und verteilt wird, sondern in die Taschen von Wenigen fließt. Das führt zu Machtgefällen und Abhängigkeitsverhältnissen, die wir als Demokrat:innen ablehnen. Denn die extreme Konzentration von Vermögen ist undemokratisch und demokratiegefährdend. Deshalb brauchen wir eine Steuerpolitik, die endlich die inakzeptable Vermögens- und Einkommensungleichheit in unserer Gesellschaft bekämpft. Das bedeutet niedrige Steuern für die Vielen, die wenig haben, und hohe Steuern für die Wenigen, die viel haben. Wir fordern deshalb unter anderem die **Abschaffung der ungerechten Mehrwertsteuer**, eine Reform der Erbschaftsteuer, die Normalvermögenden Steuerfreiheit garantiert und Reiche zur Kasse bittet.

Jede Demokratie muss auf dem Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ basieren. Die ausufernde Einflussnahme der deutschen, europäischen und globalen Oligarchie und ihrer Lobbyist:innen wollen wir offenlegen und bekämpfen. Wir verlangen eine strikte und effiziente **Korruptionsbekämpfung** in den EU-Institutionen. Lobbyist:innen von multinationalen Konzernen gehören aus den Parlamenten verbannt. Sie müssen aus Berlin und Brüssel vertrieben werden.

Demokratie heißt außerdem Selbstbestimmung. Das gilt auch für den digitalen Raum und das Internet. **Selbstbestimmung über die eigenen Daten ist ein Grundrecht.** Großen Konzernen darf es nicht erlaubt sein, unsere Daten gegen uns zu nutzen. Um das zu erreichen, braucht es auch neue moderne Bildungsprogramme, um die Medienkompetenz und Technologiemündigkeit von Unternehmen und Bürger:innen zu fördern. Wir sollten unsere digitale Zukunft in Europa gestalten, statt uns von chinesischen oder US-amerikanischen Großunternehmen abhängig zu machen. Auch das ist Grundlage für ein echtes demokratisches Zusammenleben!

Die Pressefreiheit ist das Rückgrat einer demokratischen Gesellschaft. Journalist:innen und Whistleblower:innen überwachen die Mächtigen und decken Fehlverhalten und Machtmissbrauch auf. Wir wollen sie und ihre Arbeit schützen – in Deutschland, Europa und weltweit. Wir bekennen uns zu einer **vielfältigen Medienlandschaft** und wollen der zunehmenden Oligopolisierung von Medien entgegentreten. Den Zugang zu vielfältigen Medien wollen wir so niedrigschwellig wie möglich gestalten. Dazu gehört auch, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bewahren und entwickeln möchten.

Um an unserer Demokratie teilhaben zu können, brauchen die Bürger:innen unseres Landes Sicherheit. Die Bundesrepublik Deutschland ist noch kein Land, in dem sich alle Menschen sicher fühlen können. Wir betonen und unterstützen das Bedürfnis aller Menschen nach einem **Leben in Sicherheit unter Wahrung der Menschenrechte.** Offenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber Schutzsuchenden verstehen sich mit Blick auf die Geschichte Deutschlands von selbst. Ein friedliches und vertrauensvolles Zusammenleben aller Menschen ist Grundlage für Wohlstand und unser oberstes Ziel. Fundamentalistischen und faschistischen Bestrebungen oder Menschenfeindlichkeit treten wir dabei entschieden entgegen.

6. Internationales: Für eine neue Friedensbewegung

Wir wollen, dass Deutschland ein friedliches, offenes, sicheres Land für alle wird. Wir betrachten Europa als einen Raum für Frieden und Fortschritt. Globale Gerechtigkeit und Internationalismus sind für uns die Grundlage für unser Überleben.

Die **Wahrung der Menschenrechte** für alle ist dabei von zentraler Bedeutung. Wir können nicht hinnehmen, dass jedes Jahr tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken und Nichtregierungsorganisationen für ihre lebensrettenden Einsätze mit Kriminalisierung und Einschränkungen der Missionen bestraft werden. Frontex ist dabei Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir wollen **Frontex abschaffen** und die Ressourcen der Agentur für den Start einer europäischen Such- und Rettungsmission im Mittelmeer verwenden. Wir wollen die **Externalisierung der EU-Grenzen stoppen** und das sogenannte „**Hotspot-System**“ **beenden.** Das Festhalten immigrierter Menschen in geschlossenen Auffanglagern muss aufhören. Wir sind gegen eine Unterscheidung von sogenannten “politischen” und “wirtschaftlichen” Migrant:innen und wollen ein gemeinsames europäisches Asylverfahren schaffen, welches internationales und europäisches Recht respektiert und die Grundrechte der migrierten Menschen garantiert. Abschiebungen wollen wir stoppen. Jeder Mensch muss prinzipiell das Recht haben, sich auf diesem Planeten frei zu bewegen.

Wir stehen für eine friedensorientierte Neugestaltung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hin zu regionaler Unabhängigkeit und **Blockfreiheit**. Wir wollen eine **gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur** aufbauen und damit die **NATO überflüssig** machen. Drohpolitik in jeglicher Form halten wir für nicht zukunftsfähig. Das gilt auch für die sogenannte nukleare Abschreckung. Deutschland kann Mut beweisen, indem es die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO aufkündigt und dem **Atomwaffenverbotsvertrag** beitrifft.

Des Weiteren ist die Existenz von Militärstützpunkten und Waffensystemen in Europa, die nicht unter europäischem Kommando stehen, einer selbstbestimmten Verteidigungspolitik nicht zuträglich und birgt ein Sicherheitsrisiko. Kernziele dieser neuen Sicherheitsarchitektur sollen die **gemeinsame Abrüstung** und die friedliche Lösung von Konflikten sein. Die militärischen Kräfte wollen wir derart ausstatten, dass sie weder nach innen noch nach außen als Bedrohung wahrgenommen werden und nach dem letzten Stand der Technik auf Verteidigung ausgerichtet sind. Um einen Wandel hin zu **diplomatischer Konfliktlösung** als oberstem Gebot zu erreichen, muss die Macht der **Rüstungskonzerne** über Entscheidungen in Berlin und Brüssel gebrochen werden. Wir fordern ein komplettes Ausscheiden der Waffenindustrie aus der deutschen Exportwirtschaft.

Das tägliche Leben von Milliarden Menschen auf diesem Planeten wird durch Ausbeutung bestimmt. Wir erkennen unsere geschichtliche Verantwortung an dieser an und wissen, dass unsere Handlungen die Klimakrise und Umweltzerstörung begünstigt haben. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit, der die rassistische Erzählung von Geber- und Nehmer-Staaten hinter sich lässt. Internationale Gelder sind stattdessen als **Reparationen für koloniale Verbrechen** und das maßgebliche Verschulden der Klimakrise zu verstehen. In der **Agrarwirtschaft** zerstört die Profitgier einiger weniger die Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten und lässt Menschen verhungern. Wir wollen den **Welthandel umstrukturieren**. Regionale Produktion soll gefördert werden, um Transportwege zu verkürzen.

Aufgrund seiner historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazizeit einschließlich des Holocaust kommt Deutschland eine besondere Rolle in der internationalen Gemeinschaft zu. Um dem gerecht zu werden, ist eine **Neuausrichtung der Israel-Palästina-Politik** lange überfällig. Die deutsche Politik ist durch politische, diplomatische und militärische Unterstützung mitverantwortlich für den Völkermord an den Palästinenser:innen. Als Mindestanspruch muss Deutschland seine Außenpolitik umgehend völkerrechtlichen Standards anpassen, einschließlich einem Waffenembargo gegen Israel. Eine menschenwürdige Zukunft für alle Bewohner:innen der Gegend des historischen Palästina sowie der seit der Nakba 1948 Geflüchteten ist nur ohne Apartheid und illegale Besatzung möglich.

Durch das enorme Ungleichgewicht an Macht und Ressourcen in ihrer Substanz und in ihren Strukturen sind die **Vereinten Nationen** außerstande, ihre ursprüngliche Funktion zu erfüllen, Frieden zu schaffen. Der UN-Sicherheitsrat ist überkommen und undemokratisch. An seiner Stelle schlagen wir ein demokratisch gewähltes Gremium aus Vertreter:innen der Weltregionen oder Kontinente vor, in dem sich auch das demographische Gewicht der Länder und Regionen widerspiegelt. Wir wollen darüber hinaus auf eine unabhängige **internationale Gerichtsbarkeit** hinarbeiten, um die andauernde Straflosigkeit von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren, wie zum Beispiel Wirtschaftskonzernen, bei Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zu beenden.

7. Vielfältige Gesellschaft: Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit bekämpfen

Es geht darum, wie wir eine offene, vielfältige Gesellschaft erreichen und erhalten können. Wir betrachten Diversität als Chance, die sich entfalten soll. Um sie zu gewährleisten, wollen wir allen Menschen die **Teilhabe an allen Bereichen des Lebens** garantieren. Die **Bekämpfung und der Abbau von Diskriminierung** in Deutschland sind von zentraler Bedeutung für eine gerechte und inklusive Gesellschaft. Dabei betrachten wir strukturelle Ursachen wie zum Beispiel die historisch tief verwurzelte Verbindung zwischen Kapitalismus und Rassismus.

Unsere wichtigsten Ziele sind:

- Strukturelle Benachteiligungen verhindern
- Teilhabe und Mitbestimmung für alle garantieren
- Verwirklichung der vollständigen Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens
- Aufhebung von rassistischen sozialen Strukturen
- Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form der Diskriminierung aufgrund der Religion bekämpfen
- Selbstbestimmung für LGBTQIA+
- Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Wir setzen uns in unterschiedlichsten Bereichen für mehr Inklusion und Selbstbestimmung ein. Dafür wollen wir zum Beispiel das Gleichbehandlungsgesetz erweitern und unterstützen die Ersetzung des längst überholten "Rasse"-Begriffs im Grundgesetz. Zu einem ganzheitlichen Ansatz für eine vielfältige, diskriminierungs- und rassistisfreie Gesellschaft gehören des Weiteren spezifische Themen wie die Schließung des Gender-Pay-Gaps (Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen), die Sicherstellung der Beschäftigung behinderter Menschen und die Wahrung der Rechte von obdachlosen Menschen. Die Geschlechtsidentität einer Person muss selbstbestimmt sein. Jegliche Änderung von Geschlechtsangaben in öffentlichen Dokumenten wollen wir unkompliziert ermöglichen. Die Diskriminierung von LGBTQIA+ Elternteilen bei der gemeinsamen Ausübung des Sorgerechts für Kinder wollen wir beenden und die Elternschaft gleichgeschlechtlicher Paare anerkennen. Zur Verbesserung der Rechte von Staatenlosen wollen wir die Umsetzung internationaler Übereinkommen zur Staatenlosigkeit in Deutschland vorantreiben.

Um eine antirassistische, anti-diskriminatorische und demokratische Politik und Gesellschaft zu schaffen, wollen wir Gruppen mit Diskriminierungserfahrungen besser in demokratische Verfahren einbeziehen und stehen für mehr **rassismuskritische Bildung in Schulen und Jugendarbeit**. Rassistische Stereotypisierung in Medien wollen wir abbauen und die Einbindung von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen in Rundfunkräte fördern. Wir setzen uns entschieden für Maßnahmen der Prävention und Sensibilisierung sowie die konsequente und kompromisslose Verfolgung von **Gewalt und Diskriminierung durch Sicherheitsbehörden** wie Polizei, Zoll und Verfassungsschutz ein. Außerdem fordern wir die vollständige **Abschaffung der Praxis des Racial Profiling** (Kontrolle von Personen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes).

Das Ziel einer gleichberechtigten emanzipierten Gesellschaft braucht neben Gesetzen und Insti-

tutionen **zivilgesellschaftliches Engagement**. Dafür müssen die bestehenden Strukturen wie Vereine und NGOs gestärkt werden. Für die Opfer von Diskriminierung und ihre Angehörigen wollen wir niedrigschwellige und kostenlose Beratungsangebote verfügbar machen. Für eine **gelebte Erinnerungskultur** soll es unter anderem eine Gedenkfeier für die Opfer der Kolonialzeit und einen Gedenktag am 4. November für die Opfer der NSU-Morde geben.

8. Europa und seine Verfassung

Die heutige EU ist zutiefst undemokratisch. Nicht Parlamente bestimmen den Kurs europäischer Politik, sondern eine ungewählte Brüsseler Elite neoliberaler Technokrat:innen, Banker:innen und Wirtschaftsoligarch:innen sowie tausende Lobbyist:innen. Europa muss demokratisiert werden oder es wird zerfallen.

Überall dort, wo Macht sich konzentriert, sei es auch durch Wahlen, müssen sie und ihre Träger demokratisch kontrolliert werden – von “unten” nach “oben”. Um ihre Rechte ausüben zu können, benötigen die Bürger:innen demokratisch wirksame Kontrollmechanismen für alle essentiellen Bereiche wie z. B. die Währungs-, Finanz-, Arbeits-, Migrations- und Umweltpolitik. Damit das politische System die Bürger:innen stärker einbezieht, wollen wir nach dem Konzept der deliberativen Demokratie eine **neue vierte Gewalt** bestehend aus gelosten Bürger:innenräten – **die Konsultative** – in der **europäischen Verfassung** verpflichtend auf allen administrativen Ebenen verankern. Um die Grundrechte der Europäischen Bürger:innen auf allen Regierungsebenen und an allen Orten Europas zu schützen, setzen wir uns für eine einheitliche **Charta der Grundrechte** ein. Wir wollen die Europäische Unionsbürgerschaft zu einer echten, nicht verwirkbaren Europäischen Staatsbürger:innenschaft erweitern. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die länger als ein Jahr in Deutschland gemeldet sind, wollen wir ermöglichen, an allen Wahlen in Deutschland teilzunehmen. Die Demokratisierung der Europawahlen muss durch die Aufhebung der Sitzverteilung nach Ländern nach dem degressiven Wahlrecht und die Einführung europäischer Parteilisten erfolgen, über die die Kandidat:innen ins EU-Parlament gewählt werden können.

Wir möchten nicht weniger, sondern mehr Europa. Europa braucht eine Verfassung. Sie ist die zentrale Rechtsgrundlage für den Aufbau der **Europäischen Republik**, ihrer inneren Ordnung, den Beziehungen zu anderen Staaten und den Rechten und Pflichten der Staatsbürger:innen. Wir wollen die **Handlungsfähigkeit von Kommunen und Regionen** stärken und ihre subsidiäre Eigenständigkeit in einem vereinten Europa schützen. Um ihre Anliegen in der EU-Kommission einbringen und mitgestalten zu können, werden per Los und in festem Turnus Vertretungen der Städte und Regionen in die EU-Kommission entsandt. Auch die Kräfteverhältnisse zwischen dem EU-Parlament und der EU-Kommission sind aus dem Lot. Das gewählte Parlament muss mehr Macht und Entscheidungskompetenzen erhalten. Die Entscheidungsfindungsprozesse der EU müssen für die EU-Bürger:innen absolut transparent gestaltet werden. Staatliche Daten und Dokumente müssen öffentlich zugänglich sein – maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen.

Die Hauptgewalt in der Europäischen Republik geht von den Staatsbürger:innen aus. Sie sind das Fundament des zukünftigen Europas. In Volksversammlungen finden sie Lösungen für gemeinsame Herausforderungen. Städte und Regionen sind das direkte Lebensumfeld der Menschen. Hier müssen die Bürger:innen ihre Zukunft selbst mitgestalten können. Nationalstaaten, wie wir sie kennen, haben nur noch eine mittelnde Funktion.

MERA25: Linke Politik für Frieden, Solidarität und Freiheit!

Impressum

Website: mera25.de

Kontakt: info@mera25.de